



Bundesministerium  
der Justiz und  
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Katja Keul  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Christian Lange MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister der Justiz und  
für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-9010

FAX +49 (030)18 580-9048

E-MAIL [pst-lange@bmjv.bund.de](mailto:pst-lange@bmjv.bund.de)

20. Dezember 2016

**Betr.: Ihre schriftliche Frage Nr. 12/91 vom 12. Dezember 2016**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

**Frage Nr. 12/91:**

*Wann ist mit Gesetzesinitiativen des BMJV bzw. der angekündigten Anpassung der Betreuervergütung zu rechnen (bitte möglichst konkrete Angaben zu Zeitrahmen und Inhalten machen), und welche anderweitigen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Auflösung weiterer Betreuungshilfevereine zu verhindern (bitte ausführlich darlegen und begründen)?*

**Antwort:**

Im Rahmen des vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durchgeführten Forschungsvorhabens zum Thema „Qualität der rechtlichen Betreuung“ wird auch das bestehende Vergütungssystem für Berufsbetreuer evaluiert. Aufgrund der besonderen Dringlichkeit der Vergütungsfrage wurde dieser Teilbereich des Forschungsvorhabens zeitlich vorgezogen. Ein Entwurf des Zwischenberichts wurde im Dezember im Forschungsbeirat erörtert. Dieser

-2-

wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zügig im Hinblick auf etwaigen gesetzgeberischen Handlungsbedarf ausgewertet. Hinsichtlich einer Erhöhung der Vergütung für Berufsbetreuer ist die Bundesregierung auf die Unterstützung der Länder angewiesen, welche den größten Teil der Betreuervergütung zu tragen haben.

Unabhängig von der Frage der Erhöhung der Vergütung der Berufsbetreuer kann eine bessere finanzielle Ausstattung der Betreuungsvereine nur über die Förderung der Querschnittsarbeit erfolgen. Hierfür sind allein die Länder und Kommunen zuständig. Der Bund hat hierauf keinen Einfluss.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'C. B. S.', written in a cursive style.